

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuß

50. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. Juni 1999, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Helmut Plüschau (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Hans Siebke (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Ministers für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus zum Stand der Fusion der Fischereigenossenschaften und zur wirtschaftlichen Situation der Fischerei in der Ostsee	4
(Berichtswunsch des Abg. Peter Jensen-Nissen (CDU))	
2. Dioxinverunreinigte Nahrungs- und Futtermittel aus Belgien	8
Bericht der Landesregierung in der 34. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages	
3. Bericht zum Stand der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein	10
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2185	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/2204	
4. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG hier: Anmeldung zum 27. Rahmenplan "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2165	
5. Information/Kenntnisnahme	12
6. Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung dankt der Vorsitzende den Ausschußmitgliedern und der Ausschußgeschäftsführerin für die ihm zugegangenen Genesungswünsche. Er knüpft daran die Mahnung, in Zukunft bei den Beratungen im Ausschuß auch einen Blick dafür zu haben, daß jeder Kollege auf seine Weise im Grunde stets das Beste für Schleswig-Holstein wolle.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Ministers für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus zum Stand der Fusion der Fischereigenossenschaften und zur wirtschaftlichen Situation der Fischerei in der Ostsee

(Berichtswunsch des Abg. Peter Jensen-Nissen (CDU))

MDgt Dr. Dieter Rave trägt zu der angestrebten Fusion vor, daß es sich dabei um die fünf Genossenschaften in Maasholm, Kappeln, Kiel, Heiligenhafen, Burg-Starken und Travemünde handele. Das MLR befürworte deren Fusion aus folgenden Gründen. An erster Stelle gehe es um die Notwendigkeit, die Kosten zu senken und damit die Ertragslage zu erhöhen, das heißt auch bessere Preise für die Fänge der Fischer zu erzielen. Wenn es gelinge, zu der angestrebten Fusion zu kommen, werde man mit hoher Wahrscheinlichkeit die Overhead- und Regiekosten senken können. Gleichmaßen erwarte man bei einer Fusion ein besser gebündeltes Angebot, das es den einzelnen Genossenschaften ermögliche, der Nachfragemacht des Marktes beim Aushandeln besserer Preise stärker gegenüberzutreten.

Nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen, so führt MDgt Dr. Rave aus, sei eine Fusion aber vermutlich nur sehr schwer zu erreichen, so daß eventuell auch an andere Organisationsformen gedacht werden müsse. Egal, zu welcher Neuorganisation es kommen werde, denke das MLR daran, die Quotenadministration auf diese Neuorganisation zu verlagern.

Es habe bereits mehrere Verhandlungsrunden mit den betroffenen Genossenschaften, dem Norddeutschen Genossenschaftsverband und dem MLR gegeben. Eine weitere Verhandlungsrunde werde am 1. Juli stattfinden. Nach dem gegenwärtigen Verhandlungsstand habe man allerdings auf die Idee verzichtet, die einzelne Genossenschaft in einer Neuorganisation aufge-

hen zu lassen. Denn das sei in den Einzelgenossenschaften nicht konsensfähig. Den Weg, den man im Einvernehmen auch mit dem Norddeutschen Genossenschaftsverband nun anstrebe, gehe in Richtung der Schaffung einer Dachorganisation, in der die Genossenschaften ihre Einrichtungen einbringen und die dann einen Großteil der jetzt von den Genossenschaften erbrachten wirtschaftlichen Leistungen wahrnehme. Damit könnten sich die jetzt bestehenden Einzelgenossenschaften langfristig mehr oder weniger auf Aufgaben der Vermögensverwaltung zurückziehen.

Es werde die Notwendigkeit bestehen, so fährt MDgt Dr. Rave fort, diese wirtschaftlichen Überlegungen „durch administrativen Druck zu flankieren“. Denn durch EU-Vorgabe sei man gehalten, die Anerkennung der Genossenschaften als Erzeugerorganisation zu überprüfen. Es gebe hier zwar einen gewissen Spielraum für die Genossenschaften, aber sie müßten eine gewichtige wirtschaftliche Tätigkeit nachweisen, um anerkannt bleiben zu können. Im konkreten Fall bedeute dies, daß die Einzelgenossenschaft, um als Erzeugerorganisation anerkannt bleiben zu können, mindestens 15 % der Anlandemengen in Nord- und Ostsee für sich verbuchen müsse. Von den fünf betroffenen Genossenschaften aber lägen drei unter dieser 15-%-Schwelle. Es gebe einen gewissen Spielraum für diese Schwelle zwischen 15 % und 30 %. Über 30 % Anlandemenge weise nur eine einzige Genossenschaft aus. Auch das sei ein Grund, weshalb auf eine Fusion gedrängt werden müsse. Dieser Fusionsprozeß müsse bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Die Anerkennung als Erzeugerorganisation sei im Grunde erforderlich, um überhaupt EU-Mittel in Anspruch nehmen zu können. Wer nicht anerkannt werde, habe keinen Zugang zu Fördermitteln.

Der Fall Maasholm spiele zwar in diese Fusionsüberlegungen hinein, so teilt MDgt Dr. Rave mit, sei aber nur am Rande von Bedeutung. Denn auch ohne die Vorkommnisse in Maasholm würden die Fusionsbemühungen intensiv vorangetrieben werden. Die internen Auseinandersetzungen in der Maasholmer Genossenschaft seien keine Angelegenheit des Landes. Hier spielten persönliche Animositäten eine Rolle. Es gehe um Vermarktungsprobleme und um die Aufrechterhaltung der Anlandestelle in Kappeln.

Zur wirtschaftlichen Situation der Fischereigenossenschaften an der Ostsee seien folgende Anmerkungen zu machen. Die wirtschaftliche Situation sei als erträglich aber als nicht gut zu umschreiben. Einem Teil der Genossenschaften gehe es wirtschaftlich sehr gut, unter anderem deshalb, weil sie sich ein weiteres Standbein außerhalb der Fischerei geschaffen hätten, wie beispielsweise Tourismisläden oder ähnliches.

Von 1997 auf 1998 habe es einen Zuwachs sowohl der Fangmengen als auch der Erlöse im Bereich von 1 % bis 2 % gegeben. Die Quoten spielten für die wirtschaftliche Situation keine

Rolle. Die den Ostseegeossenschaften zugeteilten Dorschquoten seien im Jahre 1998 nur zu 59 % ausgeschöpft worden. Mehr habe man wegen der knappen Fischbestände nicht erzielen können. Dies könne man im Grunde als Indikator dafür nehmen, daß die Fangquote zu hoch angesetzt sei. Daß die Heringsquote nur zu 10 % ausgeschöpft worden sei, müsse darauf zurückgeführt werden, daß die Erlöse für den Hering nach wie vor „im Keller seien“.

Die Flotte sei überaltet. Eine Modernisierung sei dringend erforderlich. Aber auch hier gebe es ein Problem mit der einschlägigen EU-Richtlinie. Wenn Abwrackprämien gezahlt würden, habe man nach den EU-Vorgaben nicht mehr die Möglichkeit, Neubauten zu fördern. Deshalb verhandele das MLR zur Zeit mit den Geossenschaften darüber, langfristig auf Abwrackprämien zu verzichten, um Neubauten aus Fördermitteln unterstützen zu können. Mit dem BML und den anderen Küstenländern sei bereits verabredet, keine Abwrackprämien mehr zu zahlen.

Ein weiteres Problem sei die Frage des Kapazitätsabbauprogramms der EU. Das MLR vertrete die Auffassung, wenn auf Abwrackprämien verzichtet werde und die Geossenschaften unter Umständen in dem einen oder anderen Fall auszumusternde Kutter erwürben, könnte damit eine Kapazitätsreserve geschaffen werden, so daß sich das Land unter diesen Umständen in der Lage sehe, die im Moment bestehenden Neubaupläne zu fördern.

In der sich anschließenden Diskussion drückt der Vorsitzende seine Verwunderung über die Nachricht aus, daß die zur Glückstädter Heringswoche angelandeten Heringe aus Holland und Dänemark kommen. Dies wird mit dem Hinweis von MDgt Dr. Rave bestätigt, daß es sich dabei um den Nordseehering handele.

Die weitere Diskussion dreht sich vorrangig um die in Kappeln und Maasholm entstandenen Anlande- und Verarbeitungsprobleme. Abg. Sabine Schröder gibt dem Willen ihrer Fraktion Ausdruck, die Fusion zur Stützung der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Geossenschaften mittragen zu wollen.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan macht Bedenken geltend, daß einerseits Fördermittel für Maasholm geflossen seien, andererseits aber einzelne Fischer dann die neu geförderten Einrichtungen boykottierten.

MDgt Dr. Rave hält entgegen, daß die Fischerei insgesamt als nicht so gesund angesehen werden könne, daß auf jegliche Förderung verzichtet werden könnte.

Abg. Gerhard Poppendiecker erinnert daran, daß sich der Ausschuß in früheren Jahren einmütig für die Förderung der Anlandevorrichtungen in Maasholm eingesetzt habe. Dies dürfe nun

bei allen bei den Kappeler Fischern festzustellenden Animositäten zu keiner generellen Streichung jeglicher Förderung führen.

MDgt Dr. Rave spricht als Problem an, daß bei Frischfisch die Verarbeitung in Deutschland im Grunde nahezu völlig weggebrochen sei und inzwischen fast 50 % der deutschen Fischfänge im Ausland vermarktet würden. Als spezielles Problem benennt er die weiterhin von den Dänen praktizierte Gammel- und Industriefischerei, die den Dänen einerseits zwar ein gewisses wirtschaftliches Standbein biete, andererseits aber die Fischbestände in gravierendem Maße vernichte.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion über die „Moderatorenrolle“ der Landesregierung in Sachen Fusion und über eine Problemlösung bei Maasholm sowie einer eventuellen Quotenumverteilung stellt der Vorsitzende Kenntnisnahme des Berichts fest.

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, das Thema bei Bedarf wieder aufzugreifen. Der Vorsitzende fordert die Ausschußmitglieder dazu auf, sich dafür einzusetzen, daß für Maasholm eine akzeptable Lösung gefunden wird.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Dioxinverunreinigte Nahrungs- und Futtermittel aus Belgien

Bericht der Landesregierung in der 34. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages

(überwiesen am 3. Juni 1999)

MDgt Hans-Joachim Pieper sieht in dem inzwischen eingetretenen Medienrummel um die verseuchten Coca Cola in Belgien eine Entlastung und Beruhigung in der Debatte über die dioxinbelasteten Nahrungs- und Futtermittel für Deutschland. Er knüpft in seinen Ausführungen an die Debatte im Plenum am 3. Juni 1999 an und schildert im einzelnen das Vorgehen der Landesregierung, nachdem der Skandal in Schleswig-Holstein bekannt geworden sei. Er betont, daß die belasteten Produkte inzwischen der Vernichtung zugeführt würden und daß sich bei den Eiern herausgestellt habe, daß keine belgischen Eier nach Schleswig-Holstein gelangt seien. Problematisch gestaltete sich die Haltung der außereuropäischen Länder, die nicht zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der EU unterschieden, sondern generell eine Sperre für europäische Produkte eingerichtet hätten.

Aus diesem Grunde, so fährt MDgt Pieper fort, werde mit größter Intensität daran gearbeitet ein Zertifikat zu entwickeln und anzubieten, daß die Bedenkenlosigkeit schleswig-holsteinischer Produkte garantiere.

Abg. Hans Siebke fordert eine verstärkte Herstellerhaftung und spricht sich gegen eine vom Staat durchzuführende Kontrolle aus, die den Steuerzahler sehr viel kosten würde. Dieser Meinung schließt sich Abg. Sabine Schröder an, die darüber hinaus Überlegungen dahin anstellt, bei der Entwicklung des Gütezeichens auch stärker die Futtermittelindustrie zu berücksichtigen.

Abg. Detlef Matthiessen stellt die gleichen Überlegungen an und moniert die Widersprüchlichkeit beim politischen Handeln zwischen der Forderung nach mehr staatlicher Kontrolle und dem nur zögerlichen Konsens der EU-Staaten bei der Schaffung entsprechender Haftungsregelungen. Er tritt für eine detailliertere Deklarationspflicht ein.

MDgt Hans-Joachim Pieper bestätigt die Notwendigkeit einer verstärkten Lebensmittelüberwachung und Futtermittelbeprobung. Dies habe auch in der Vergangenheit bei anderen Vorkommnissen schon zu guten Ergebnissen geführt. Die Dioxinbeprobung sei allerdings sehr ko-

stenintensiv, so daß sie auf Dauer nicht aus normalen Haushaltsmitteln finanziert werden könne. Erfolgen müsse auf alle Fälle eine Zusammenführung der Beprobungsergebnisse regional und national nicht nur von Daten aus der Verwaltung, sondern auch von Daten der Unternehmen. Die Produktbeprobung müsse nicht nur festgeschrieben, sondern auch öffentlich gemacht werden. Hier gebe es noch Defizite insofern, als es noch kein weitflächiges Monitoring in diesem Bereich gebe. Leider habe man dafür auch noch keinen rechtlichen Rahmen; alles könne nur auf der Basis der Freiwilligkeit geschehen. Geeignet dafür würde beispielsweise auch eine ad hoc-Arbeitsgruppe für kritische Ereignisse sein, wie man sie bereits bei den Vorkommnissen um die Zitruspellets gehabt habe.

Bezüglich der von Abg. Detlef Matthiessen geforderten verschärften Deklarationsvorschriften müßte die Schwierigkeit überwunden werden, daß dies der Zustimmung aller EU-Länder bedürfe.

Für Abg. Dr. Christel Happach-Kasan ist es eine Illusion zu glauben, daß man kriminelles Handeln über verschärfte Deklarationsvorschriften verhindern könne. Der Kritikpunkt sei im diskutierten Dioxinunfall das Versagen der belgischen Behörden und der daraus entstandenen Einfuhrbeschränkungen der außereuropäischen Länder. Einen Lösungsansatz für diese Problematik und für die Wiederherstellung des verlorengegangenen Vertrauens sehe sie in einer verstärkten Kontrolle behördlichen Handelns in der EU.

Abg. Hans Siebke sorgt sich mit Hinweis auf Rundfunknachrichten, daß die kontaminierten Fette von einem Holländer an Belgien geliefert worden seien, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und schleswig-holsteinischen Landwirtschaft und fordert eine europaweite Festlegung auf Mindeststandards ein.

Der Vorsitzenden schließt die Diskussion mit dem Hinweis, daß das Thema weiter auf der Tagesordnung bleiben müsse, bevor eine abschließende Lesung im Plenum stattfinden könne. Abg. Hans Siebke bittet, bei weiteren Beratungen auch das Umweltministerium hinzuzuladen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht zum Stand der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2185

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2204

(überwiesen am 3. Juni 1999)

Der Ausschuß kommt ohne Diskussion überein, den SPD-Antrag erweitert um die Ergänzungen des CDU-Antrags dem Plenum zur Annahme zu empfehlen.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan bittet, in die Berichterstattung eine Evaluierung der getroffenen Maßnahmen mit aufzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG
hier: Anmeldung zum 27. Rahmenplan "Verbesserung der Agrarstruktur
und des Küstenschutzes"**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2165

(überwiesen am 3. Juni 1999 an den **Agrarausschuß** und den Finanzausschuß
zur abschließenden Beratung)

MDgt Dr. Dieter Rave beantwortet die Frage des Abg. Peter Jensen-Nissen, ob alle Fördermittel vom Land gebunden werden könnten, dahin, daß im Jahre 1998 rund 6 Millionen DM nicht hätten gebunden werden können. Wie es im Jahre 1999 laufen werde, könne man im Augenblick noch nicht genau sagen. Man werde aber alle Anstrengungen unternehmen, um die Bundesmittel zu 100 % auszuschöpfen und sei dabei vorsichtig optimistisch. Letzten Endes müsse auch die Handhabung der globalen Minderausgabe und die Entwicklung des Haushaltsvollzugs im Auge behalten werden. Nähere Aussagen werde man sicherlich im Herbst 1999 machen können, wenn nach § 7 Abs. 17 Haushaltsgesetz das Benehmen des Finanzausschusses eingeholt werden müsse.

Abg. Sabine Schröder tritt für eine Schwerpunktsetzung beim Küstenschutz und bei der „Vitalisierung“ des ländlichen Raumes ein, wie sie es nennt.

Abg. Claus Ehlers spricht sich dafür aus, die Aussetzung der Förderung der Abwasserbeseitigungsanlagen zu überdenken.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit der Mitteilung, daß der Finanzausschuß den Bericht bereits zur Kenntnis genommen habe. - Der Ausschuß nimmt den Bericht ebenfalls zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 14/3401:

Die Beschlüsse des Europarates zur Agenda 2000 - Darstellung im Hinblick auf die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in Schleswig-Holstein

Der Umdruck wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. Der Ausschuß kommt überein, daß die Thematik Gegenstand weiterer Beratungen bleiben soll gemäß dem Fortgang der Erstellung der einschlägigen Durchführungsverordnungen der EU.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Detlef Matthiessen kommt als Antragsteller auf den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Pelztierhaltung, Drucksache 14/1477, und dem dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1503, zu sprechen und teilt mit, daß er in Gesprächen mit dem Umweltminister erfahren habe, daß in sehr kurzer Zeit eine entsprechende EU-Richtlinie erlassen werde, die die Pelztierhaltung EU-weit regeln werde. In Kenntnis dieser Regelung müsse nach Auffassung des Umweltministers dann voraussichtlich auch eine Diskussion auf Landesebene bezüglich der Umsetzung erfolgen. Unter diesem Aspekt schlage er vor, dem federführenden Umweltausschuß mitzuteilen, daß der Agrarausschuß die beiden Anträge als erledigt betrachte. Der Ausschuß folgt diesem Vorschlag einstimmig und erklärt die Anträge als erledigt (siehe Umdruck 14/3534).

Folgende Termine werden bestätigt: Auf Wunsch der Mitglieder des Eingabenausschusses wird die für den 1. Juli vorgesehene Sitzung bedarfsorientiert auf Donnerstag, den 8. Juli, in der Mittagspause der 36. Plenartagung eine halbe Stunde nach Ende der Vormittagssitzung verlegt. Der Besuch des Lehr- und Versuchsbetrieb Mildstedt wird auf Mittwoch, den 25. August 1999, 10:00 Uhr, festgesetzt. Für den Norla-Besuch wird Donnerstag, der 23. September 1999, festgelegt. Treffpunkt soll das Messebüro Fahrenkrog sein, wo eventuell bei Bedarf auch eine kurze interne Sitzung zwischen 10:00 Uhr und 10:30 Uhr stattfinden soll. Der Vorsitzende bittet, eventuelle Besichtigungswünsche so rechtzeitig bei der Ausschußgeschäftsführerin anzumelden, daß diese termingerecht mit den Ausstellern besprochen werden können. Darüber hinaus erinnert er an die Betreuung des Landtagsstandes, der in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Eingabenausschusses repräsentiert werden solle.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Claus Hopp
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab
Geschäfts- und Protokollführerin